Lebensgemeinschaft im Sinne der Präambel des FGB hat nicht einmal für kurze Zeit bestanden. Die Parteien beabsichtigten zwar, nach der Ableistung des Ehrendienstes des Klägers bei der NVA eine eheliche Gemeinschaft zu begründen, was aber durch eine anderweitige Bindung der Verklagten nicht zustande kam. Die Parteien lebten während des Bestehens der Ehe relativ unabhängig voneinander. Das trifft auch für die wirtschaftliche Seite ihrer Beziehungen zu. Die ehelichen Kontakte beschränkten sich auf Besuche des Klägers anlässlich seines Urlaubs. Es gab keine Belastungen, die gemeinsam überwunden und gemeistert wurden. Diese Entwicklung der Ehe offenbart, daß kein Gemeinschaftsleben bestand, aus dem sich nach der Scheidung der Ehe ein Füreinandereinstehen ergeben könnte.

Soweit die Parteien vor und nach Eingehung der Ehe Vereinbarungen über die zukünftige Gestaltung ihres Lebens getroffen hatten, wonach die Verklagte mit dem Kläger in Dresden wohnen wollte, ist auf folgendes hinzuweisen: Der Kläger hat zwar im Vertrauen auf die Einhaltung des Versprechens der Verklagten sein Studium aufgenommen. Wäre es zu einem ehelichen Zusammenleben gekommen, dann hätte der Kläger zwar unter günstigeren Bedingungen als jetzt sein Studium absolvieren können; unmöglich geworden ist ihm das Studium aber auch jetzt nicht. Der Umstand, daß die Parteien entgegen ihren ursprünglichen Vorstellungen nicht in Dresden Zusammenleben, ist durch die Scheidung der Ehe bedingt. Aus dem gegenseitigen Versprechen der Parteien vor und bei Eingehung der Ehe, ihr zukünftiges Leben gemeinsam zu gestalten, wären u. U. dann Konsequenzen unterhaltsrechtlicher Art zu ziehen, wenn die oben dargelegten Wesensmerkmale einer Lebensgemeinschaft vorgelegen hätten.

Aus diesen Gründen ist es bei Berücksichtigung der Lebensverhältnisse der Parteien und des Eheverlaufs nicht gerechtfertigt, die Verklagte zu verpflichten, an den Kläger Unterhalt zu zahlen.

Im Staatsverlag der DDR erscheint demnächst:

Oberstes Gericht der DDR — höchstes Organ wahrhaft demokratischer Rechtsprechung

Sammelband; etwa 640 Seiten; Preis: etwa 28 Mark

Das Oberste Gericht der DDR gibt diesen Sammelband im Jahr des 100. Geburtstages Lenins und des 25. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus heraus. In den einzelnen Beiträgen wird gezeigt, wie die Lehren Lenins über Staat und Recht in der DDR schöpferisch angewandt werden. Der Sammelband enthält u. a. folgende Beiträge:

- Aufgaben und Stellung des Obersten Gerichts im Kampf um den Aufbau und die Vollendung des Sozialismus in der DDR
- Die Rechtsprechung des Obersten Gerichts auf dem Gebiet der Staatsverbrechen
- Zur Rolle des Obersten Gerichts auf dem Gebiet des Zivilrechts bei der Verwirklichung der Souveränität der DDR gegen Alleinvertragsmaßnahme und juristische Aggression
- Der Schutz des Eigentums in der Rechtsprechung des Obersten Gerichts
- Die Rechtsprechung des Obersten Gerichts auf dem Gebiet des Gesundheits- und Arbeitsschutzes
- Der Beitrag der Rechtsprechung des Obersten Gerichts zur Entwicklung und Festigung sozialistischer Familienbeziehungen
- Die Herausbildung des Arbeitsrechts in der DDR und die Leitung der Arbeitsrechtsprechung durch das Oberste Gericht
- Die Rechtsprechung des Obersten Gerichts auf dem Gebiet des LPG-Rechts
- Prognostisch orientierte Arbeitsweise, Planung, Analyse und Statistik als wesentliche Elemente der Leitungstätigkeit des Obersten Gerichts
- Information und Dokumentation — ein fester Bestandteil der wissenschaftlichen Leitungstätigkeit des Obersten Gerichts

Insgesamt wird durch dieses Werk die historische Überlegenheit der vom Volk getragenen sozialistischen Rechtspflege der DDR gegenüber jeder bürgerlichen und imperialistischen Gerichtspraxis bewiesen.

Inhalt

	Seite
Konrad N a u m a n n :	
Die nächsten Aufgaben der Parteiorganisationen in den Rechtspflegeorganen der Hauptstadt der DDR	129
Stellungnahme des Präsidiums des Obersten Gerichts zur Verbindlichkeit von Leitungsentscheidungen des Obersten Gerichts	131
Walter R u d e l l / Fritz K a i s e r :	
Zur Entwicklung der Leitung der Rechtsprechung auf dem Gebiete der arbeitsrechtlichen materiellen Verantwortlichkeit der Werktätigen	133
Käte G o l d e n b a u m :	
Erforschung der Persönlichkeit und der Erziehungsverhältnisse jugendlicher Täter im Ermittlungsverfahren	136
Dr. Wolfgang S u r k a u :	
Bemerkungen zur Kommentierung des Ordnungswidrigkeitsrechts	139
Aus anderen sozialistischen Ländern	
Ju. K o r o l j o w :	
Die Leninschen Ideen in der sowjetischen Familiengesetzgebung	142
Materialien der Plenen der Bezirksgerichte	
Probleme der arbeitsrechtlichen materiellen Verantwortlichkeit der Werktätigen	146
Informationen der zentralen Rechtspflegeorgane ..	152
Rechtsprechung	
S t r a f r e c h t	
Oberstes Gericht:	
Voraussetzungen des Widerrufs der Bewährungszeit bei Jugendlichen wegen Nichterfüllung von Auflagen gem. § 72 StGB	153
Z i v i l - u n d F a m i l i e n r e c h t	
BG Leipzig:	
Vorliegen der Formerfordernisse eines gemeinsamen Testaments. (Anm. Dr. Kurt C o h n)	155
BG Schwerin:	
Zur Zulässigkeit der Berufung gegen die Entscheidung der Zivilkammer über einen Schadenersatzanspruch, der von der Strafkammer dem Grunde nach festgestellt und zur Entscheidung über die Höhe an die Zivilkammer verwiesen worden war	156
BG Cottbus:	
Zur Unterhaltsverpflichtung des getrennt lebenden Ehegatten, wenn der andere wegen der Erziehung der Kinder keine berufliche Tätigkeit ausübt	157
Stadtgericht von Groß-Berlin:	
Zum Kriterium „zusammengelebt haben“ i. S. des § 30 Abs. 1 FGB als Voraussetzung für den Unterhaltsanspruch eines geschiedenen Ehegatten	159